

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration

Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 14.09.2004

Vorlage Nr. 04-A-21-0005

Freiwilliger Polizeidienst; HIER: mündlicher Bericht

Beschluss Nr. 0053

Der Ausschuss nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Stadtrat Grella zum Sachstand zur Kenntnis.

Derzeit liegt die Höhe der Entschädigung bei 7,50 € pro Stunde, dies werde auch nach der neuen Gesetzeslage ab 01.01.2005 so bleiben.

Neu ist nur die Kostenaufteilung. Ab 2005 werden die Kosten für die Aufwandsentschädigung bei der Stadt und die Sachkosten beim Land liegen.

Jeder der insgesamt 20 bei der LH Wiesbaden beschäftigten Hilfspolizeibeamten kann im Monat 20 Stunden abrechnen, so dass sich voraussichtlich eine jährliche Zahlungsverpflichtung der Stadt Wiesbaden gegenüber dem Land Hessen in Höhe von 36 000 € ergibt.

Die Dienstherrenregelung ändert sich nicht.

Stadtrat Grella kündigt zu der Thematik "Freiwilliger Polizeidienst/Kosten" für die nächste Sitzung des Ausschusses eine Vorlage an.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2004

Müller

Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin Wiesbaden, .09.2004

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration-

Seite 2 des Beschlusses Nr. 0053 vom 14.09.2004

Der Magistrat Wiesbaden, .09.2004 - 16 -

Dezernat VII

mit der Bitte um weitere Veranlassung Diehl

Oberbürgermeister